

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich. Einzelne Nr. 20 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21 296, Schriftleitung Nr. 14 574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anknüpfungsteil 2 R., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teil 4 R., unter Eingangs 5 R. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Rechnungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landes-Kulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplätzen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und präsesepischen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 221

Donnerstag, 22. September

1921

Vom Landtage.

Dresden, 21. September. Der Sonderauschuß des Landtages zur Beratung der Regierungsvorlagen über die Grund- und Gewerbesteuer hat gestern vormittag zusammen. Nach längerer Aussprache wurden die Regierungsvorlagen mit einigen Abänderungen mit den Stimmen der Linksparteien angenommen. Die Kommunisten, die früher gegen die Vorlagen waren, hatten gestern in einer längeren Fraktionsrede ihre grundsätzliche ablehnende Haltung aufgegeben, wodurch die Linksparteien die Mehrheit erhielten.

Die nächste Plenarsitzung findet nächsten Dienstag, den 27. September 1921, nachmittags 1 Uhr, statt mit folgender Tagesordnung:
1. Dritte Beratung über die Vorlage Nr. 50, den Entwurf eines Grundsteuergesetzes betr. sowie über die hierzu vorliegenden Eingaben.
2. Zweite Beratung über die Vorlage Nr. 52, den Entwurf eines Gewerbesteuerergänzungsgesetzes betr. sowie über die hierzu vorliegenden Eingaben.
3. Dritte Beratung über die Vorlage Nr. 62, den Entwurf eines Gesetzes über die Verteilung der persönlichen Volksschulden zwischen Staat und Schulgemeinden in den Rechnungsjahren 1920 und 1921.
4. Zweite Beratung über die Vorlage Nr. 14, den Entwurf eines Gesetzes über die Befreiung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Hebammen betr., sowie über die hierzu vorliegende Eingabe.

Was geht in der Landespolizei vor?

(N.) Unter dieser Überschrift wird in der Leipziger „Abendpost“ vom 14. September in einem Einleitungsartikel behauptet, ein dem Minister der Inneren „sehr nahestehender“ Hauptmann der Landespolizei habe im Mai gekündigt, es sei jedoch die Kündigung nicht bestätigt worden; der Hauptmann bestehe nach wie vor seinen Gehalt weiter und außerdem Gehaltszuschüsse als früherer Preverwaltungsbeamter und der Minister verführe, „mit allen Mitteln den Hauptmann wieder zurückzuholen“. Dazu läßt der Minister des Inneren durch die Rechtschreibstelle in der Staatskanzlei beruhigend folgendes mitteilen:

Die Behauptung, daß die Kündigung des Offiziers nicht bestätigt worden sei, weil der Minister dem Hauptmann nachsehen, ist ebenso unrichtig wie die, daß der Minister verführe, den Hauptmann mit allen Mitteln zurückzuholen. Wahr ist im Gegenteil, daß der Hauptmann seinerzeit mit der Begründung gekündigt hat, daß er ungenügend behandelt worden sei. Seine Beschwerden wurden außerdem vom Landesverband sächsischer Polizeibeamten unterstützt. Daraufhin hat der Minister eine Untersuchung dieser Verhältnisse durch einen Regierungsbeamten und Landeskommissar angeordnet, die nur deshalb sich verzögert hat, weil der Hauptmann auswärts weilte. Nach Abschluß der Untersuchung ist sofort eine Weiterbeschäftigung des Hauptmanns an einem anderen Standort angeordnet worden. Die Verfügung wurde von der Landespolizeibehörde jedoch nicht ausgeführt. Die Einkommensverhältnisse dieser Behörde konnten erst jetzt nach der Rückkehr des Ministers aus den Ferien geprüft und mühen verworfen werden, so daß es mit der ersten Verfügung sein Bewenden hat. Da dem Minister außerdem der Offizier bisher völlig unbekannt war, kann keine Rede davon sein, daß er ihm „sehr nahesteht“ und daß davon die Verfügung des Ministers beeinflusst sein könnte. Die Behauptungen des Leipziger Blattes fallen damit in sich zusammen.

England und Frankreich und die Sanktionen.

London, 20. September. (Reuter.) Dem Betrachter nach scheinen die die Sanktionen und die Auslegung der im August getroffenen Entscheidung des Obersten Rates betreffenden Verhandlungen zwischen der britischen und der französischen Regierung sehr befriedigend fort. Der französische Botschafter sprach heute nachmittags im Auswärtigen Amt vor und erörterte die Frage mit dem sächsischen Unterstaatssekretär. Nach einer Information aus französischer Quelle war der Botschafter der Meinung, daß der britische Gesichtspunkt über die Frage der Modalitäten tatsächlich dieselbe sei wie der französische Gesichtspunkt. Aus Einzelheiten seien noch zu erörtern.

Sachwerte und Reparationen.

Plan zur Kreditorganisation.

Berlin, 20. September. Der vom Reparationsauschuß des Reichswirtschaftsrates zur Beratung des Antrages Wilsel betreffend Heranziehung der Sachwerte für die Reparationen eingesetzte neungliedrige Arbeitsauschuß beschäftigte sich in mehreren Sitzungen mit dem Antrage der Industrie, dem Reiche durch Inanspruchnahme eines langfristigen Kollektivkredits Mittel zur Erfüllung seiner auswärtigen Verpflichtungen für die nächsten Jahre zur Verfügung zu stellen. In erster Lesung wurde ein vom Minister Dr. Wachenburg ausgearbeiteter Plan zur Kreditorganisation gutgeheißen, der eine Zusammenfassung der Gewerbe, der Landwirtschaft und Angliederung an die Versicherungsgesellschaften vorsieht. Als Kreditgrundlage ist eine Haftung der einzelnen Mitglieder gegenüber den Gesamtkreditorganisationen gedacht und eine Haftung für bestimmte Summen für jedes einzelne Mitglied für einen Ausfall innerhalb dieser Gruppe. Die Mitglieder sind berechtigt, diejenigen Beträge, welche sie für die Amortisation mit Zinsen und Kosten aufwenden, von einem bestimmten Zeitpunkte ab dem Reiche zu verrechnen.

Die Abrüstungskonferenz.

Paris, 20. September. Reuter erzählt, daß die japanische Regierung wie die übrigen Alliierten aus Washington eine kurze Note erhalten haben, welche die großen Prinzipien und die hauptsächlichsten Bestimmungen des Programmentwurfes für die Washingtoner Abrüstungskonferenz enthält. Es sei möglich, daß die japanische Antwort genauere Einzelheiten verlangen werde.

London, 20. September. Wie aus Washington gemeldet wird, wurde im Weißen Hause mitgeteilt, daß Präsident Harding den deutschen

Großes Explosionsunglück.

Wannheim, 21. September. In der dahlischen Kalkfabrik in Oppenau, wo die besonders gefährlichen Stickstoffverbindungen hergestellt werden, ereignete heute morgen gegen 1/2 Uhr kurz hintereinander zwei außerordentlich starke Explosionen, verbunden mit einer gewaltigen Erderschütterung, die weit in der Umgebung verspürt wurde. Der Sachschaden ist ungeheuer. Die Zahl der Toten und Verwundeten soll in die Hunderte gehen.

Spannung in München.

München, 21. September. Gestern wurden in München Flugblätter aufreizenden Inhalts verbreitet. Hauptsächlich richteten sie sich gegen die Juden und Sozialdemokraten. Am Abend durchführten Straßengewalt die Stadt, von denen Flugblätter mit der Aufforderung „Weg mit den Parteibanden und den Ministerpräsidenten“ geworfen wurden. Immer mehr macht sich eine Überhitzung der Geister bemerkbar, aus der herausrohrende Stellen sich veranlaßt gesehen haben, Dr. v. Kahr, von dem man einen beruhigenden Einfluß auf gewisse Kreise erhoffte, um seine Rückkehr nach München zu bitten. Dieser wird bereits heute Abend aus Verhörszwecken in München zurück erwartet.

Der deutsch-amerikanische Friedensvertrag.

London, 21. September. „Daily Telegraph“ meldet aus New York: Bericht aus Washington zufolge entwickelt sich im amerikanischen Senat eine Opposition gegen den amerikanischen Friedensvertrag mit Deutschland. Es sei zwar unwahrscheinlich, daß die republikanischen Senatoren nicht in der Lage wären, die notwendigen Zweidrittelmehrheit zusammenzubringen. Jedoch würde eine ausgedehnte Debatte über alle Fragen der internationalen Politik stattfinden, welche die Ratifizierung des Friedensvertrages, es beträchtlich verzögern würde. Die republikanischen Unversöhnlichen sollen sich dem Vertrage mit der Begründung widersetzen, daß er die Vereinigten Staaten von Amerika in die europäischen

Friedensvertrag zusammen mit einer kurzen Mitteilung morgen an den Senat gehen lassen werde.

Die irische Frage.

London, 20. September. „Daily Chronicle“ nennt das letzte Schreiben des Vizekönigs an Lloyd George ein enttäuschendes Dokument. Es bestehe erster Grund zur Befürchtung, daß die von England so sehr gewünschte Konferenz nicht stattfinden könne.

London, 20. September. Es wird erwartet, daß Lloyd George seine Antwort an die Valera ausschieben wird, bis er sich mit den Ministern beraten hat, die sich am Donnerstag nach Genf begeben werden.

Die griechisch-türkischen Kämpfe.

Konstantinopel, 20. September. Mustafa Kemal erhielt einen Aufruf an die Nation, in dem er erklärt, daß die griechische Armee, welche die nationalistischen Streitkräfte habe vernichten und Ankara habe besetzen wollen, mit Hilfe des Allmächtigen geschlagen und über den Salariat zurückgeworfen worden sei. Die heldenhafte türkische Armee setze die Verfolgung des Feindes fort. Der einzige Wunsch sei, das Dasein der Türken zu sichern und die Unabhängigkeit durchzuführen. Die ganze Welt werde schließlich dem türkischen Volke dieses Recht zuerkennen, das innerhalb seiner nationalen Grenzen zu leben wünsche. Der Aufruf schließt: Wir werden die Waffen nicht niederlegen, bis diese Ziele völlig erreicht sind.

Köln, 20. September. Das Pressebureau tritt den Nachrichten entgegen, wonach die griechische Regierung zur Herbeiführung einer Vermittlung der Mächte Schritte zur Regelung der griechisch-türkischen Streitfrage unternommen habe.

Streitigkeiten hineinzuziehen würde. Andererseits hätte die Demokraten die Absicht, den Friedensvertrag zu bekämpfen, weil er die Vereinigten Staaten zu wenig zur Teilnahme an europäischen Angelegenheiten verpflichte und weil ein Sonderfriede mit Deutschland entstünde sei.

Die Sammlungen für Rußland.

Berlin, 21. September. Nach den Meldungen, die ein großer Teil der gewerkschaftlichen Landeszentralen bisher dem internationalen Gewerkschaftsbund über das Ergebnis der Sammlungen für das notleidende Rußland gemacht hat, haben dem internationalen Gewerkschaftsbund bisher etwa 9 1/2 Mill. M. zur Verfügung. Dieser Betrag dürfte aber nur die Hälfte der bisher gesammelten Gelder darstellen, da zurzeit eine große Zahl von Ländern noch nicht berichtet hat. Um den Ankauf von Reduktionsmaterialien, den Transport nach Rußland zu organisieren und eine wirksame Kontrolle der Verteilung sicherzustellen, wird einer der beiden Sekretäre des internationalen Gewerkschaftsbundes Firmen, nach Berlin kommen.

Die Japfrage.

London, 20. September. Die „Daily Mail“ meldet, haben die amerikanischen und die japanische Regierung ein vorläufiges Abkommen beschlossen, wonach Japan im Besitze der Insel Jap bleibt, die Vereinigten Staaten von Amerika aber für ihre Rabelbedürfnisse Zugang zur Insel haben sollen.

Die Kämpfe in Warokka.

Paris, 21. September. Wie der „Matin“ meldet, sind nach amtlichen Informationen zwei starke japanische Abteilungen aus Melilla, die am 16. d. M. die Stadt verließen, um die Inzurgenten von den Abhängen nördlich und südlich Caraga zu vertreiben, nicht an ihr Ziel gelangt. Sie mußten mit schweren Verlusten wieder nach Melilla zurückkehren. Außerdem ist das Artilleriefeuer der Kämpfer intensiver geworden. Melilla wird bombardiert. Die Granaten, die in das Innere der Stadt fielen, haben Opfer unter der Bevölkerung gefordert.

Die Sanktionen.

Raum ein einziger diplomatischer Akt auf Seiten der Verbandsmächte vollzieht sich seit einer Reihe von Monaten, ohne daß die Welt vorher durch die besondere Art der Veröffentlichung von beträchtlichen Meinungsverschiedenheiten erfährt, die dem gemeinsamen Schicksal der Verbände vorausgegangen sind. Auch die bevorstehende Aufhebung der Sanktionen, die, wenn nicht alle Anzeichen trügen, man mehr beschloß zu sein scheint, ist das Ergebnis langwieriger Verhandlungen zwischen Frankreich und England, bei welchen letzteres wiederum seinen ganzen Einfluß zugunsten einer Deutschland entgegenkommenden Regelung aufgegeben zu haben scheint. Frankreich vertritt den Standpunkt, daß die rheinische Zollgrenze solange nicht aufgehoben werden dürfe, bis sich Deutschland nicht bedingungslos der Kontrolle seiner Ein- und Ausfuhr unterworfen habe. In Wirklichkeit kam es Frankreich natürlich auf etwas ganz anderes an, denn Deutschland hatte, was auch immer die französische Presse entsprechend den ihr erteilten offiziellen Informationen behaupten mag, die vom Obersten Rat geforderten Kontrollkommissionen der Ein- und Ausfuhr durchaus nicht grundsätzlich abgelehnt. Frankreich wünschte aber für die neuerrichtete Ein- und Ausfuhrkontrolle ein vollkommenes Vetorecht gegen Deutschland, während die Engländer nicht in der Lage waren, dieser Kommission beratige Machtbefugnisse zuzusprechen, sondern vielmehr die Entscheidung aller Streitigkeiten dem Obersten Rate im Wege normaler diplomatischer Verhandlungen mit Deutschland vorzubehalten wünschte. Hier lag also der Streitpunkt zwischen der englischen und französischen Auffassung, und die Reuter-Erklärung, die jetzt veröffentlicht worden ist, läßt unzweifelhaft erkennen, daß England Frankreich in der Frage der Sanktionen keineswegs zustimme. In Paris hätte man die Dinge allerdings ganz anders beurteilt, hier tat man so, als ob England dem französischen Standpunkte in der Sanktionsfrage vollkommen zustimme. Ja, ein französisches Blatt, das „Journal“, behauptete sogar, der englische Botschafter in Berlin habe den Auftrag erhalten, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß sie das in der letzten Note des Obersten Rates geforderte Verbandskontrollbureau der deutschen Ein- und Ausfuhrleistungen vorbehaltlos genehmigen müsse, wenn die Zollgrenze aufgehoben werden solle. Diese Meldung war, wie gesagt, irreführend und steht im Widerspruch zu der neuesten Javak-Note, die bereits auf den Rückzug der französischen Regierung vorbereitet und der Hoffnung Ausdruck gibt, daß der Meinungsstreit durch die eingeleiteten Verhandlungen bald ausgeglichen würde, so daß die wirtschaftlichen Sanktionen in kurzer Zeit aufgehoben werden könnten.

Im Interesse der deutsch-französischen Beziehungen ist es sehr bedauerlich, daß jedesmal das Nachgeben der französischen Regierung erst durch einen Druck von London erzwungen werden muß. Es hätte in Deutschland natürlich keinen besseren Eindruck machen können, als wenn Frankreich aus eigener Initiative die längst fällige Beendigung der wirtschaftlichen Sanktionen ins Werk gesetzt hätte. Aber die Beurteilung Deutschlands jenseits der Vogesen hat sich noch um nichts geändert. Das läßt sich deutlich auch an der Kampagne erkennen, die von der Pariser Presse zugunsten der Verlängerung der Besetzung des Rheinlandes geführt wird. Hier ist es besonders Poincaré, der in der Verlängerung der Rheinlandbesetzung die einzige Garantie für die volle Bezahlung der deutschen Schulden betrachtet, nachdem der englisch-amerikanisch-französische Garantievertrag nicht ins Leben getreten ist. Bekanntlich haben England und Amerika im Mai des Jahres erklärt, daß sie der Ansicht Poincarés, die Besetzung müsse bis zur Erfüllung sämtlicher deutschen Verpflichtungen aufrecht erhalten bleiben, nicht zustimmen könnten. England hatte ja von jeher seine Annahme des Garantievertrages von der Bedingung abhängig gemacht, daß auch die Vereinigten Staaten von Amerika den Vertrag ratifizierten. In diesem Zusammenhang kann man in Paris nichts deuteln und drehen. Andererseits glauben gewisse Leute in Frankreich darauf auf eine Erfolg Anspruch zu haben, der nach ihrer Meinung nur darin bestehen könnte, daß der französischen Regierung das Recht ge-